

STADT WITTEN

NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung des Integrationsrates

am 21.03.2013

im Zimmer 310, bei der QuaBed, Annenstr. 118 - 122

Anwesend:

SPD

Dietrich, Heinz-Jürgen
Sander, Walter

bürgerforum

Koch, Frank Dr.

Türk Birliqi

Colak, Mehmet
Öztürk, Süleyman
Suceska, Armin

Wittener Internationale Liste (WIL)

Günesli, Hasan
Lebang, Michelle

Verwaltung

Wieschermann, Sandra
Formann, Claudia

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Sitzungseröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende

Herr Armin Suceska teilt mit, dass die Vorsitzende Frau Theodora Polichronidou an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Herr Suceska wird daher die Leitung der Sitzung als stellvertretender Vorsitzender übernehmen. Er begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates, sowie alle Anwesenden. Es wird festgestellt, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen ist.

Weiterhin teilt Herr Suceska mit, dass die Niederschrift von der letzten Sitzung (24.01.2013) zu Punkt 7 (Anregungen und Ergänzungen) noch um folgenden Satz ergänzt wird:

“Es wird darum gebeten, dass zukünftig in der Tagesordnung auch der Urheber eines jeden Tagesordnungspunktes benannt werden soll.“

Dies wurde bereits für die heutige Sitzung umgesetzt.

2. Vorstellung des Projektes "Native Navigator" (QuaBeD)

Frau Simone Diemar von der QuaBeD stellt das Projekt “Native Navigator“ vor und beantwortet Fragen der Integrationsratsmitglieder dazu. Zu diesem Projekt stellt sie Informationsmaterial zur Verfügung (siehe Anlage).

3. Finanzielle Unterstützung für Projekte und Veranstaltungen ->Vorlage 1 (Armin Suceska)

Herr Suceska erläutert den Beschlussvorschlag. Nach kurzer Diskussion wird der Beschlussvorschlag wie folgt geändert und anschließend darüber abgestimmt:

Es wird beschlossen, dass der Integrationsrat Projekte und Veranstaltungen, die heterogene Migrantengruppen erreichen können und ohne politischen Inhalt sind, finanziell unterstützen kann.

Hierbei soll lediglich eine Finanzierung der Flyer für diese Projekte oder Veranstaltungen in Frage kommen (max. 250,- €).

Im Gegenzug dazu wird in dem Flyer auf die Förderung durch den Integrationsrat hingewiesen und das Logo des Integrationsrates mit abgedruckt.

Diesem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

4. Antrag auf finanzielle Unterstützung für die Veranstaltung "Internationaler Flohmarkt" ->Vorlage 2 (Armin Suceska)

Herr Suceska erläutert den Beschlussvorschlag. In der Diskussion ergeben sich einige Fragen; u.a. wer der Verein WIG ist, was der Verein macht, wofür die Flohmarkteinnahmen verwendet werden, wann der Flohmarkt veranstaltet wird?

Da die Fragen nicht beantwortet werden können, wird dieser Tagesordnungspunkt zunächst zurückgestellt.

5. Beteiligung an der Integrationsmesse am 25.05.2013 ->Vorlage 3 (Armin Suceska)

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Für die Betreuung des Standes soll ein Einsatzplan erstellt werden. Dies wird Herr Suceska übernehmen.

6. Wahl eines 2. Vertreters für die beratenden Mitgliedschaft im Ausschuss für Wohnen, Soziales und Integration -> Vorlage 4 (Theodora Polichronidou)

Herr Süleyman Öztürk wird mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung als 2.Stellvertreter für die beratende Mitgliedschaft im Ausschuss für Wohnen, Soziales und Integration gewählt.

7. Teilnahme an der Mai-Kundgebung (WIL)

Über die Teilnahme an der Mai-Kundgebung 2013 wird zunächst diskutiert. Danach wird einstimmig beschlossen, dass der Integrationsrat sich auf der Mai-kundgebung darstellen wird und für diesen Anlass Informations- und Präsentationsmaterial aus Mitteln des Integrationsrates gekauft werden können.

8. Berichte aus den Ausschüssen

Herr Suceska berichtet von der Steuerungsgruppensitzung beim Kreis (Kommunales Integrationszentrum). Dort wurde über die Themenschwerpunkte berichtet. Aufgabe des Kommunalen Integrationszentrums ist, ein kreisweites Integrationskonzept innerhalb eines Jahres zu erstellen.

9. Berichte der Verwaltung

Frau Formann teilt mit, dass die Einbürgerungsstelle zur Ausländerstelle ins Rathaus gezogen ist.

10. Anfragen und Anregungen

Herr Suceska teilt mit, dass das Bundesverwaltungsgericht entschieden hat, dass Ausländerbehörden von Türken für das Ausstellen von Aufenthaltstiteln nicht

mehr Geld verlangen darf als von EU-Ausländern.

Für weitere Informationen verweist er auf folgende Internetseite:

<http://www.migazin.de/2012/05/14/gebuehren-fur-aufenthaltstitel-bei-turkischen-staatsburgern-rechtswidrig/>

gez.

Armin Suceska
Stellvertretender Vorsitzender

gez.

Sandra Wieschermann
Schriftführerin